



Bialystoker Zeitung

Organ des Soldatenrates

Erscheint täglich. — Bezugspreis: Abgeholt bei der Geschäftsstelle monatlich 1.50 Mark; durch die Post bezogen 4.95 Mark vierteljährlich außer Bestellgeld.

Bestellungen nehmen sämtliche Reichs- und Feldpostämter entgegen. Feldabonnements 1.15 Mk. einschl. Porto, von der Expedition — abgeholt 1 Mark. —

Schriftleitung: Alexanderstraße 8/10. Geschäftsstelle: Nikolaistraße 3.

Vorübergehende Ministerkrise in Preußen.

Eigener Drahtbericht

Berlin, 4. Januar.

Nach dem Rücktritt der unabhängigen Mitglieder des preussischen Kabinetts haben auch die Mehrheitssozialisten dem Zentralrat ihre Ämter zur Verfügung gestellt. Wie die „Politischen Parlamentarischen Nachrichten“ erfahren, wird sich der Zentralrat über die endgültige Besetzung der preussischen Ministerien schlüssig werden, wenn die Berichte über die bisherige Amtsführung eingelaufen sind. Auch Ebert, Scheidemann und Landsberg hatten nach dem Ausscheiden der Unabhängigen ihre Ämter formell dem Zentralrat zur Verfügung gestellt.

Die Formalität des Rücktritts des preussischen Kabinetts hat, wie der „Abnd“ meldet, bereits ihre Erledigung gefunden. Der Zentralrat hat die Minister sofort wieder in ihren Ämtern bestätigt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt von der Reichsregierung, daß über die Kommandogewalt in der Heere jetzt eine völlige Einigung des Rates der Volksbeauftragten mit dem Kriegsministerium erfolgt ist.

Der unsichere Sicherheitsbeamte.

Der Kassier des Berliner Sicherheitsdienstes, Baucker, ist gestern, wie der „Vorwärts“ mitteilt, unter der Beschuldigung, 45.000 Mark unterschlagen zu haben, verhaftet worden. In die Angelegenheit sei noch eine Reihe weiterer Personen des Sicherheitsdienstes verwickelt.

Der Polizeipräsident von Berlin, Eichhorn, ist seines Amtes enthoben worden. Dazu wird bemerkt, daß gegen Eichhorn in der letzten Zeit von der mehrheitssozialdemokratischen Partei verschiedene Anklagen erhoben worden sind, insbesondere, daß er für den Sicherheitsdienst nur unabhängige Sozialdemokraten und Spartakusleute angeworben habe, daß er Waffen an Zivilpersonen habe verteilen lassen und bis in die jüngste Zeit in finanzieller Beziehung zu der russischen Presseagentur (Rosta) gestanden habe.

Eine Entschliebung der Braunschweigischen A- und S-Räte.

Braunschweig, 4. Januar.

Die Landesversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte der Republik Braunschweig ruft in einer Entschliebung alle Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches auf, die politische Macht fest in den Händen zu behalten, bis die Revolution in ihren letzten Zielen gesichert ist. Die Arbeiter- und Soldatenräte dürften unter keinen Umständen die Macht auf die Nationalversammlung übertragen. Diese könne nur ein Organ zur Demokratisierung und Sozialisierung des Reiches sein. Erweise sie sich als unfähig, so werden die Arbeiter- und Soldatenräte die Demokratisierung und Sozialisierung durchführen. Der Landes-Arbeiter- und Soldatenrat protestiert ferner gegen die Entsendung eines Heeres gegen die russische Republik und beschließt, daß aus dem braunschweigischen Lande sich kein einziger Mann zu diesem Zweck anwerben läßt. Sollten sich trotzdem Leute anwerben lassen, so sind sie als Landesverräter zu verhaften und vor das Standgericht zu stellen.

Die „Times“ schreiben laut „Het Vaterland“ zur Lage in Deutschland, daß es jetzt natürlich von größter Bedeutung ist, daß die so wichtigen Wahlen für die Nationalversammlung in einer Weise stattfinden, daß man wirklich von der Bildung einer verantwortlichen Regierung, die den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringt, sprechen kann. Auch nur mit einer solchen Regierung würden Verhandlungen möglich sein, wie es selbstverständlich ist, daß diese Verhandlungen mit einer unsicheren Regierung in den Bereich der Unmöglichkeit gehören.

Genf, 4. Januar.

In Mex hat der französische Regierungskommissar eine neue Handelskammer ins Leben gerufen, deren Vorsitzender der Industrielle Robert de Wendel ist.

Amsterdam, 4. Januar. T. U.

Die englische Presse stellt fest, daß die einzige in das

Parlament gewählte Frau, die Gräfin Markiewica, nicht in das Parlament einzutreten werde, da ihre Wahl in Dublin ungültig sei. Die Gräfin sei eine nicht-naturalisierte Polin, aber keine Isländerin.

Die bolschewistische Not.

Radek noch immer in Berlin.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 4. Januar.

Der russische Bolschewistenführer Radek hält sich, wie verschiedene Blätter hören, immer noch hier auf. Nun soll sich ihm auch der ehemalige russische Gesandte Joffe angeschlossen haben. Die „Demokratische Volkszeitung“ schreibt dazu: „Daß Radek immer noch da ist, sollte man kaum für möglich halten, daß aber auch Joffe zurückgekommen ist, grenzt ans Unglaubliche. Wenn die Regierung sich dieses russische Gesindel nicht vom Leibe halten kann, beraubt sie sich jeden moralischen Rechts.“

Nach Informationen der Reichsregierung hat der russische Delegierte Radek Berlin verlassen. Von der Anwesenheit Joffes ist nichts bekannt. Die Reichsregierung hält diese Nachricht für erfunden.

Die Vertreter der Sowjetrepublik werden, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, von jetzt ab in Deutschland bleiben, um die Bewegung der Spartakusgruppe gegen den internationalen Kapitalismus und für ein Zusammengehen der Deutschen mit den russischen Proletariern zu unterstützen.

Im englischen Ministerium des Äußeren waren nach einer Reuterdepesche bis gestern abend keine Meldungen eingetroffen über die Landung britischer Streitkräfte im Ostseegebiet. Die Bolschewiki haben in Estland 7000 Chinesen in ihren Diensten. Nach dem „Daily Telegraph“ besteht große Unsicherheit, welche Politik Großbritannien in der nächsten Zukunft im Ostseegebiet befolgen will, weil die Flottenexpedition in dieser Jahreszeit durch das Eis stark behindert wird. Die Rückkehr der Flotte werde bald bringend werden, wenn sie nicht einstricken soll. Die militärische Lage sei noch verwickelter. Frankreich erhebe starken Widerstand gegen die Entsendung von Truppen, um die Bolschewiki zu bekämpfen und England unterstütze diesen Widerstand. Amerikas Haltung sei noch nicht sicher. Eine wirksame Unterstützung für das russische Reich gegen die Bolschewiki würde nur durch Beziehung Moskaus und Petersburgs erfolgen können.

Bolschewistenherrschaft in Riga.

Meldung der Telegraphenunion.

Amsterdam, 4. Januar.

Die „Morning Post“ berichtet aus Riga: „Der lettische Sowjet hat die Festnahme aller Bürgerlichen in Riga angeordnet. Tausende von ihnen sind bereits auf dem Abtransport. Der Sowjet erklärte das Eigentum und den Besitz im besetzten Riga für abgeschafft.“

Helsingfors, 3. Januar. M. S. S.

Ein englisches Geschwader, bestehend aus fünf Zerstörern, ankerte heute im Hafen von Helsingfors zum Schutz des Transports der Freiwilligen nach Estland.

Odessa von Franzosen umzingelt.

Wolffmeldung.

Kiew, 30. Dezember.

Den Blättern zufolge ist Odessa von einem Kordon französischer Truppen umgeben und von der Lebensmittelzufuhr von der Ukraine abgeschnitten.

Japanischer Rückzug aus Sibirien.

Eigener Drahtbericht.

London, 4. Januar.

Das japanische Kriegsministerium teilt nach einer Meldung des „Daily Express“ aus Tokio die Zurückziehung von 34.000 Mann japanischer Truppen aus Sibirien mit und erklärt, daß Japan beabsichtige, seine in Sibirien stehenden Truppen auf das geringste mögliche Maß zu beschränken.

Ausdehnung der polnischen Übergriffe in der deutschen Ostmark.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 4. Januar.

Die Polen dringen in Westpreußen weiter vor. Die Lage hat sich nach einer Meldung des Berliner Tageblattes aus Meseritz in der letzten Nacht aufs äußerste zugespitzt. Die Polen haben bereits die nur sechs Kilometer von Bentschen, dem für die Lebensmittelversorgung äußerst wichtigen Eisenbahnknotenpunkt, entfernte Bahnhafion Groschütz besetzt. Von dort aus haben sie an das Kommando des Heimatschutzes Ost in Meseritz ein Ultimatum gestellt, bis heute Mittags 12 Uhr den Bahnhof Bentschen den Polen zu übergeben. Mit der Stadt Bentschen selbst haben Verhandlungen wegen der Übergabe begonnen, die noch schweben. Das Kommando des Heimatschutzes hat das Ultimatum abgelehnt und den Truppen Befehl gegeben, den Bahnhof unter allen Umständen zu halten und jedes weitere Vordringen der Polen in ihren jetzigen Stellungen abzuwehren. Der Heimatschutz hat im Laufe der letzten Tage namhafte Verstärkungen erhalten. Eine große Anzahl wehrfähiger Männer in Westpreußen hat sich zum Schutz der Heimat freiwillig gemeldet. Es wird jedoch möglichst schnelle Verstärkung dieser Truppen gefordert.

In Schneidemühl rechnet man täglich mit dem Angriff der Polen. Es wurden daher überall in der Stadt militärische Wachen aufgestellt, der Bahnhof mit zwei Kompanien Soldaten besetzt und eine Bürgerwehr von 500 Mann aufgestellt und bewaffnet. Die Stadt Rogasen (60 Kilometer von Schneidemühl entfernt) ist von den Polen besetzt. Eine Anzahl von Flüchtlingen traf aus dieser Stadt hier ein, sämtlich Militärpflichtige, darunter auch Reserveoffiziere. Diesen wurde von den Polen angedroht, daß sie in die polnische Armee eingestellt oder nach Warschau zwangsweise expediert würden. Gestern und vorgestern hat der Schneidemühler Oberbürgermeister dringende Telegramme an die Reichsregierung um Hilfe gesandt, ohne irgendwelche Antwort zu erhalten.

Gestern fand in Posen eine Volksversammlung des polnischen Soldatenrates statt. Korsanty erklärte, die Polen wollten der Friedenskonferenz absolut nicht vorgehen, würden aber nicht zugeben, daß sie in ihrer nationalen Organisation gehindert werden. In der Judenfrage behauptete er, daß zwischen der Berliner Regierung und den jüdischen Organisationen bezüglich einer antipolnischen Pressekampagne ein enges Einvernehmen bestehe. Einziges gewaltsames Eingreifen gegenüber besäßen die Polen Gegenmittel, und zwar in Gestalt einer ober-schlesischen Organisation gegen die Regierung, ferner vor allem in der Gestaltung der Lebensmitteleinfuhr, die stets der jeweiligen politischen Lage angepaßt werden könnte. Es wurde einstimmig beschlossen, einen aus 100 Mitgliedern aus ganz Polen bestehenden Nationalrat in Warschau zu begründen, der alle Parteien umfassen und bis zur Zusammenkunft des polnischen Landtages die Funktionen eines Kontrollorgans übernehmen soll. Schließlich wurde eine Entschliebung angenommen, in der es heißt, daß der Oberste Volksrat die Verwaltung allein in seine Hände nehme.

Matrosen wollen zum Ostgrenzschutz.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 4. Januar.

Ein Teil der Matrosen-Division wünscht, da sie keine Tageelbe sind und nach Sicherung der Revolution der weiteren Mühsiggängerei in Berlin überdrüssig sind, wie aus einer Zuschrift aus ihren Reihen an verschiedene Blätter hervorgeht, Verwendung im Ostgrenzschutz. Die Führer, heißt es in der Mitteilung, „bekämpfen diesen Wunsch. Wir bitten die Zeitungen um Veröffentlichung und Unterstützung unseres Gedankens.“

Die Beratungen der Reichsregierung und des Zentralrates, die unter Hinzuziehung des Kriegsministers in den letzten Tagen stattgefunden haben, sind in allgemeiner Übereinstimmung beendet worden. Man hat sich angeichts der Ereignisse zu einem Ausbau des Grenzschutzes entschlossen.

Von Seiten des 7. Armeekorps wird auf Grund des Auftrags der Reichsregierung ein westfälisches Freiwilligenbataillon zum Schutz der Ostmark aufgestellt werden. Das Bataillon wird sofort nach dem Osten abgehen, wenn sein Mannschftsbestand komplett und seine kriegsmäßige Ausrüstung beendet ist.

Der Grenzschutz in Oberschlesien wird entgegen der gestrigen Mitteilung auf Erklärung zuständigen Stellen laut der „Vossischen Zeitung“ nicht aufgelöst.

Der Vorsitzende des Soldatenrates der 10. Armee ist laut „Lokalanzeiger“ in Berlin eingetroffen. Er bittet um Entsendung geschlossener Formationen in die Gegend von Wilna, um die Rücksendung der deutschen Truppen sicherzustellen und die Verbindung mit der Ukraine aufrechtzuerhalten.

Aus Berlin wird uns gemeldet: Die Warschauer Regierung telegraphierte an Clemenceau, Polens Regierung protestiere energisch wegen des brutalen Überfalls durch die Deutschen in Posen, der eine schwere Beleidigung sowohl Polens als auch der anderen alliierten Staaten sei.

Die polnische Regierung erbittet infolgedessen die Vermittlung Clemenceaus bei den alliierten Staaten sowie Intervention wegen feierlicher Genugtuung der deutschen Regierung. Weiter werden Garantien verlangt, daß Deutsche auf polnischer Erde ähnliche Exzesse nicht mehr ausüben werden.

„Das ist denn doch der Gipfel polnischer Unmäßigkeit“, meint die „Deutsche Allgemeine Zeitung“. „Das heißt die Tatsachen völlig auf den Kopf stellen, wenn die Polen die Schuld an den Vorgängen in der deutschen Stadt Posen den Deutschen zuschieben und die Stille haben, sogar eine Entschuldigung von der deutschen Regierung zu fordern.“

Die polnische Nationalversammlung.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 4. Januar.

Die polnische Nationalversammlung findet, wie die „Vossische Zeitung“ hört, am 26. Januar in Warschau statt.

Lemberg von den Ukrainern wiedergewonnen.

Eigener Drahtbericht.

Wien, 4. Januar.

Das von den Ukrainern neuerdings gestürzte Lemberg ist nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse“ seit sieben Wochen abgeschnitten. Die Hungersnot in der Stadt nimmt eine immer größere Ausdehnung an. Pilsudski hat einer Abordnung versichert, daß er Lemberg in militärischer Hinsicht und auf dem Gebiete der Bevölkerung sichern werde. Aus seinen Äußerungen geht jedoch hervor, daß die polnische Republik zur Wiederherstellung der Ukrainer nicht genügend Streitkräfte besitze.

Mackensen nach Saloniki überführt.

Wolffmeldung.

Wien, 5. Januar.

Ein höherer französischer Offizier teilte laut Budapest Blättermeldungen dem Generalfeldmarschall von Mackensen in Fochestell mit, daß das Oberkommando der Entente beschlossen habe, ihn nach Saloniki zu führen. Mackensen nahm die Nachricht mit größter Bestürzung auf und erklärte, der Oberalt weichen zu müssen. Mackensen wurde unter Bedrohung von französischen Kolonialsoldaten in einem Automobil nach Göbböly gebracht, wo der Sonderzug bereit stand. 50 Kolonialsoldaten bestiegen mit Mackensen den Zug, der um 12 Uhr nachts nach Saloniki abging.

Wieder ein Friedensantrag der Sowjetregierung.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 4. Januar.

Die Russische Telegraphen-Agentur meldet laut „Vorwärts“ aus Stockholm, ein formeller Friedensantrag der Sowjetregierung verlangt Friedensverhandlungen mit den Alliierten.

Ententegrenzkommissionen.

Meldung der Telegraphenunion.

Bern, 4. Januar.

Nach dem „Zürcher Anzeiger“ besteht in den Kreisen der Alliierten die Absicht, zur Feststellung der strittigen Grenzen zwischen den einzelnen neuen Staaten Mitteleuropas Kommissionen an Ort und Stelle zu entsenden, so auch für die Ansprüche der Slawen an Deutsch-Osterreich und der Polen gegenüber Preußen.

Drei Viertel der österreichischen Handelsflotte an Italien.

Meldung der Telegraphenunion.

Haag, 4. Januar.

Aus London wird amtlich gemeldet: Die Londoner Interalliierte Marinekonferenz erkannte Italien drei Viertel der österreichischen Handelsflotte zu.

Berlin, 4. Januar.

Die französische Regierung hat dem „Vorwärts“ zufolge den Sozialdemokraten für die Teilnahme an der interalliierten Konferenz in der Schweiz die erbetenen Pässe abermals verweigert.

Europas Lebensmittelversorgung.

Reutermeldung.

Paris, 4. Januar.

Amlich wird mitgeteilt, die Alliierten und die Vereinigten Staaten hätten beschlossen, einen Rat, bestehend aus zwei Vertretern jedes Landes, zu schaffen, um die Lebensmittelversorgung und Unterstützung der neutralen, der neubefreiten und der feindlichen Gebiete zu organisieren. Die Vereinigten Staaten würden bei der Durchführung des Planes an der Spitze stehen und Hoover werde Generaldirektor sein.

Hoover teilt mit: Die Alliierten erwarten, daß Deutschland die nötigen Schiffe stellt, um Lebensmittel in die befreiten Gebiete zu bringen als Entgelt für die Erlaubnis, Nahrungsmittel für sich selbst zu holen. Deutschland muß auch Schiffe liefern zur Rückbeförderung der amerikanischen Truppen. Deutschland hat, abgesehen von Fett, genügend Nahrungsmittel, um noch einige Zeit durchzuhalten.

Haag, 4. Januar. W. L. B.

Das Ministerium des Äußeren gibt bekannt: „Im Anschluß an ihr Besuch um Durchführung von Vorräten für die Besatzungstruppen in Deutschland auf der Schelde hat die britische Regierung den Wunsch ausgesprochen, von dem genannten Fluß auch für die Heimführung der demobilisierten Truppen Gebrauch machen zu dürfen. Die niederländische Regierung hat hierauf geantwortet, sie werde gern ihre Zustimmung geben unter dem Vorbehalt, daß es sich hierbei um einen Ausnahmefall handelt, der keinen Verursachungsfall darstellt, daß ferner die Transporte unter der Handelsflagge stattfinden, keine Munition umfassen, daß nur die Offiziere Waffen tragen dürfen und daß sämtliche Transporte zuvor bei den niederländischen Behörden angemeldet werden.“

Die Pariser Presse zu Clemenceaus Parlamentssteg.

Wolffmeldung.

Bern, 3. Januar.

Nach der „Victoire“ von Hervé hat Clemenceau in seiner Rede angedeutet, daß er die Neutralisation der linksrheinischen Gebiete fordern will, um Frankreich damit eine Schutzwehr und Deckung für die Zukunft zu schaffen. In den übrigen Zeitungen ist davon nicht die Rede. Der „Temps“ ist befriedigt über den Sieg Clemenceaus über die Sozialisten, die, wie die Zeitung bestätigt, 15 Tage lang eine äußerst heftige Kampagne gegen ihn geführt habe. „Humanité“ ist über den Ausgang der Debatte resigniert. „Matin“ schreibt: „Wir sind sehr traurig aus den Debatten herausgegangen. Die Sozialisten bescheiden sich mehr oder weniger.“

Das „Neue Wiener Abendblatt“ schreibt zu der Rede des Außenministers Pichon: „Aufgabe unserer Politik ist es, die Deutsch-Osterreich betreffenden Pläne der Regierung Clemenceaus-Pichon abzuwehren. Es handelt sich jetzt vor allem darum, daß wir entschlossen sein müssen, das Selbstbestimmungsrecht auszuüben. Das ist kein Recht, das verlangt oder entzogen werden kann. Was man als Recht der Völker bezeichnet, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen, ist nichts anderes, als ihr unlegbarer Wille, es zu tun. Wenn wir willenlos sind, werden wir rechtlos werden und über uns verfügen lassen.“

Die Lage in der Ukraine.

Wolffmeldung.

Kiew, 30. Dezember. (Beispätet.)

Der Ataman des Kiener Besatzungsheeres, Kolo walec, droht in einem Korpsbefehl allen Agitatoren unter den Truppen mit Erschießung ohne Untersuchung und Gericht am Tatort. Das Direktorium teilte der Moskauer Regierung den Wunsch um Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen und Herreise der Moskauer Friedensdelegation mit. Eine Note an Rumänien nennt den Aufenthalt rumänischer Truppen auf ukrainischem Gebiet ein Mißverständnis, das leicht zu bewaffnetem Konflikt führen könne. Eine Note an die Donregierung protestiert wegen des Verhaltens der Dontruppen im ukrainischen Donez-Kohlengbiet und erklärt, die Ukraine verfüge über genügend Truppen, um die Ordnung im Donezgebiet aufrechtzuerhalten. Die Note warnt vor unliebsamen Folgen.

Nach Meldung der Ukrainischen Telegraphenagentur sandte das Direktorium an alle Völker und Regierungen eine Note, die erklärt, sie wollen mit allen Völkern in guter Freundschaft und gutem Einvernehmen leben. Auch für das auf die Ukraine ihren Kräften entsprechend entfallene Erbeil des ehemaligen Rußlands trete die Ukraine an. Das Direktorium bittet um Entsendung und Empfang beiderseitiger Gesandter.

Eisenbahnerstreik im Danziger Bezirk.

Wolffmeldung.

Danzig, 3. Januar.

Die Eisenbahner des Eisenbahn-Direktionsbezirks Danzig traten heute mittag in den Streik und unterbanden den gesamten Eisenbahn- (Personen- und Güter-) Verkehr im Eisenbahn-Direktionsbezirk Danzig, weil ihre Lohnforderungen, die auf einen Stundenlohn von 2,40 Mark hinauslaufen, nicht bewilligt worden waren. Aus den Verhandlungen mit dem Vollzugsausschuß wurde an die Regierung in Berlin ein

Telegramm gerichtet mit der Bitte, einen Kommissar nach Danzig zu entsenden. Es wurde beschlossen, daß der Zugverkehr sofort wieder zugelassen werden soll, jedoch bleiben die Arbeiter der Eisenbahnhauptwerkstätte polskawia im Ausstand. Sollten die Verhandlungen in den nächsten drei Tagen nicht zu einem günstigen Abschluß geführt werden, so wird der Streik fortgesetzt.

Bergarbeiterstreik im Linksrheinland.

Eigener Drahtbericht.

Duisburg, 3. Januar.

Die Streikbewegung unter den Bergarbeitern hat jetzt auch auf die linksrheinischen Zechen übergegriffen, auf denen ein Teil der Belegschaft ausständig geworden ist. Bisher sind die Zechen Diergart und Mewisel in Mitleidenschaft gezogen. Die Belegschaften Rheinpreußens lehnten den Anschluß an die Streikbewegung ab. Auf der Zeche Mewisel, wo eine Anzahl Streikender der Aufforderung der belgischen Sicherheitswache zum Auseinandergehen keine Folge leistete, machte diese von der Waffe Gebrauch, wobei ein Streikender verletzt wurde.

Demonstrierende Soldaten in Stuttgart.

Wolffmeldung.

Stuttgart, 4. Januar.

Von militärischer Seite wird uns mitgeteilt: „Heute morgen hat auf dem Schloßplatz eine Soldatensammlung stattgefunden, die vor dem Kriegsministerium demonstrierte. Die Menge drang in das Gebäude, raubte die Modellgewehre und riß den Offizieren die Achselstücke herunter. Eine der in einem vorher ausgeteilten Aufruf ausgesprochene Forderung galt der Entfernung der Offiziere. Der Arbeiter- und Soldatenrat, an dessen Spitze der Leiter des Kriegswesens, waren machtlos.“

Berlin, 4. Januar. L. U.

Die Meldung, die Alliierten seien bereit, die deutschen Kriegsgefangenen bis zu einer Stärke von 800 000 Mann demnächst freizugeben, eilt den Tatsachen voraus. An unständiger Stelle ist, wie die Telegraphenunion erfährt, von einer solchen Zusage nichts bekannt.

Köln, 3. Januar.

Der englische Militärgouverneur im besetzten Gebiet hat das Führen der deutschen Flagge zu Lande und zu Schiff verboten.

Hauptredakteur: G. Luz.

Druck und Verlag der „Bialystoker Zeitung“.

Morgensterns Handelsschule

Bialystok. Kommerzschule, Alexanderstr. 63.

Rüstzeuge des modernen Kaufmanns.

Eröffnungsvortrag des Handelslehrers

L. Morgenstern am Montag, 6. Januar,

abds. 8 Uhr, im Lehrsaal 2 der Handelsschule,

2 Treppen. Jedermann willkommen! 2707

Französischen Unterricht

erteilt geborener Pariser mit höherer Bildung.

Zu erfahren bei Wasiljew, Alexanderstr. 50. 2709

Zu verkaufen:

1 Partie Langhölzer,

1 „ Feldeisenbahngleise,

2 Dampfkessel. 2710

Güterabfertigung Bialystok, Hauptbahnhof.

Auf dem Wirtschaftshofe der Mil.-Verwaltung werden am Mittwoch, den 8. Januar, vorm. 9 Uhr,

20 meist hochtragende deutsche Kühe

meistbietend versteigert. 2708

Wirtschaftsabschnitt 841.

Am 5. Januar hat der Freiwillige Heimath von Wernsdorff von der 2. Schwadron Husaren 2 seine braunlederne Brieftasche im Kino „Modern“

verloren,

enthaltend seine Militärpapiere und andere persönliche Papiere. Der Finder wird gebeten, dieselbe gegen hohe Belohnung auf der Ortskommandantur abzugeben.

Sämtliche Papiere des Fahnenjunkers von Wernsdorff werden hiermit für ungültig erklärt.